

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

30. Juni 1950

Blatt 1159

## Wiener Ausflügler!

=====

30. Juni (Rath.Korr.) Der Wiener Magistrat richtet folgende Bitte an die Bevölkerung:

Wiener Ausflügler! Vermeidet es, Felder und Wiesen ausserhalb der Wege zu betreten und in Wiesen zu lagern! Denkt daran, daß der Landwirt seine Felder in harter Arbeit bestellt, und Ihr durch einen Feldfrevel die auch für Euch wichtigen Ernährungsgüter schädigt! Leistet den Mahnungen und Anordnungen der Feldschutzorgane Folge und helft mit, Unbesonnene und Jugendliche von jedem Feldfrevel abzuhalten!

## Ehrenmedaille der Stadt Wien für Hofrat Dr. Rudolf Holzer

=====

und Eduard Pflieger

=====

30. Juni (Rath.Korr.) Der Wiener Gemeinderat beschloß am Ende seiner heutigen Sitzung, dem Schriftsteller Hofrat Dr. Rudolf Holzer und dem Kapellmeister Eduard Pflieger anlässlich der Vollendung des 75. Lebensjahres und in Würdigung ihrer besonderen Verdienste um die Stadt Wien die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien zu verleihen.

Rudolf Holzer wurde am 28. Juli 1875 in Wien geboren. Nach der Realschule studierte er Maschinenbau, dann Kunstgeschichte und Literaturwissenschaft. 1898 kam er in das Handelsministerium und wurde dort mit der Herausgabe der handelspolitischen Monatschrift "Austria" betraut. Im Jahre 1900 wurde er Theater- und Kunstkritiker der "Wiener Zeitung", deren Leitung ihm von 1925 bis 1933 anvertraut war. Daneben veröffentlichte er zahlreiche Feuille-

tons in anderen großen Zeitungen. Von 1906 bis 1911 war Holzer Herausgeber des Illustrierten Österreichischen Volkskalenders. Von ihm stammt auch der Abschnitt über das Zeitungswesen im Vormärz im 2. Band der Deutsch-Österreichischen Literaturgeschichte von Nagl-Zeidler-Castle. Holzer gab ferner eine Sammlung von Bauernhumor "Die G'schichten vom Land", den Novellenband "Das Feuerchen am häuslichen Herd", eine Sammlung von "Wiener Humor - Harphesten und Sänger", ferner zwei biographische Arbeiten über Alexander Girardi und Nikolaus Lenau heraus. Von seinen Bühnenwerken wurde "Gute Mutter" am Volkstheater, "Das Ende vom Lied" am Neuen Wiener Stadttheater und "Justitia" und "Der Himmel voller Geigen" am Burgtheater aufgeführt. Holzer ist für sein literarisches Schaffen mehrfach ausgezeichnet worden. Er erhielt den Niederösterreichischen Landesautorenpreis, den Raimund-Preis, den Bauernfeld-Preis und anlässlich der 100-Jahr-Feier der Akademie der Wissenschaften auch den Grillparzer-Preis. Der Hofratstitel wurde ihm aus Anlaß seines langjährigen Wirkens in der Redaktion der "Wiener Zeitung" verliehen.

Eduard Pfleger wurde am 17. Juni 1875 in Wien geboren. Er studierte am Wiener Konservatorium Geige, Posaune, Klavier und Theorie. Während seiner Studienzzeit wirkte er als Substitut an den Wiener Hoftheatern. Nach Absolvierung der Militärzeit bei der Hoch- und Deutschmeisterkapelle fand er ein Engagement am Carl-Theater und 1904 an der Volksoper. Diesem Orchester gehörte er 30 Jahre lang an. Als Kapellmeister leitet er seit 50 Jahren ein eigenes Orchester, mit dem er als Blas- und Streichmusikkörper im Radio und bei zahllosen öffentlichen und privaten Anlässen sowie bei Bällen der Stadt Wien usw. und bei dem populären "Turmblasen" immer als Förderer heimischer Musik in Erscheinung trat. Auch als Mitglied von Vereinen, die sich die Pflege der Wiener Kultur angelegen sein lassen, hat Kapellmeister Pfleger für die Förderung der Wiener Volksmusik und der Lokalhistoriker Wertvolles geleistet. Pfleger, der immer bemüht war, die Ereignisse auf dem Gebiet der Wiener Unterhaltungsmusik festzuhalten, hatte sich ein Archiv von historischen Märschen angelegt, das er im Jahre 1942 der Stadt Wien für ihre Musiksammlung überließ. Er ist einer der letzten aus jener alten Wiener Musikergarde, die die Tradition der spezifisch wienerischen Volks- und Unterhaltungsmusik in unsere Zeit herübertrug.

## Wiener Gemeinderat

=====

30. Juni (Rath.Korr.) Heute vormittag trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Dr.h.c. Körner zu einer Geschäftssitzung zusammen.

Im Einlauf befanden sich mehrere Anträge und Anfragen. Von der WdU wurden Anfragen eingebracht betreffend die Regelung des Ein- und Aussteigens bei der Endstation Hietzing der Straßenbahnlinie 60, betreffend die Zeitungsverkaufsstände auf der Ringstraße. Ein Antrag der WdU hat die einstweilige Umwandlung von Bombenschuttplätzen in Grünflächen zum Inhalt.

Die Anfragen des Linksblockes betreffen die Neubestellung der provisorischen Bezirksvertretungen, die Gebühren und sanitären Mängel in den Flüchtlingslagern, den Kostenbeitrag für die Spitalsaufenthalte von Angehörigen krankversicherter Lohnempfänger aus Fürsorgemitteln, die Sicherung der Heranziehung Wiener Betriebe und der Beschäftigung von Wiener Arbeitern bei Vergebung von Aufträgen der Stadt Wien sowie eine angebliche Benachteiligung der bombenbeschädigten Mieter der Wiener Feld-Siedlung im 10. Bezirk. Ein Antrag des Linksblockes verlangt die eheste Instandsetzung des historischen Judenfriedhofes beim Währinger Gürtel.

Sämtliche Anfragen und Anträge wurden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Hierauf referierte Stadtrat Resch (SPÖ über den Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1948. Der Rechnungshof hat diesen Abschluß vom 7. November bis 3. Dezember 1949 überprüft. Am 7. März 1950 wurde der Bericht des Rechnungshofes der Gemeinde übersandt. Am 2. Mai 1950 hat der Stadtsenat den Bericht mit den Gegenäußerungen des Wiener Magistrates zur Kenntnis genommen. Der Rechnungshof hat auf eine neuerliche Äußerung des Stadtsenates verzichtet. Während der Auf-lagefrist hat ein einziger Wiener in den Rechnungsabschluß Ein-sicht genommen. Einwände wurden keine erhoben.

Stadtrat Resch führte sodann aus, daß der Rechnungsabschluß mit einem Überschuß von 133 Millionen abschließt. Es ist dies der zweite Abschluß seit 1945, den die Gemeinde mit einem Überschuß abschließen kann. Die Ursachen dieser günstigen Entwicklung liegen

allein auf der Einnahmenseite. 801 Millionen Schilling waren im Voranschlag vorgesehen, während das Erträgnis 1.166 Millionen ausmachte. Das sind also um 365 Millionen mehr als veranschlagt waren. Diese Mehreinnahmen verteilen sich auf solche bei den Bundesertragsanteilen, die 33 Millionen ausmachen; die entscheidenden Mehreinnahmen sind jedoch durch eigene Steuern aufgebracht worden, und zwar 218 Millionen. Bei sonstigen Gemeindeeinnahmen (insbesondere Tarifen und Gebühren) ergibt sich eine Mehreinnahme von 114 Millionen. Die Ursachen für die Mehreinnahmen sind also vor allem in der Steigerung der eigenen Einnahmen der Stadt Wien zu suchen. Dies konnte durch die Anpassung gewisser Steuern und Gebühren und die Einführung von neuen Abgaben erreicht werden. So wurde die Gewerbesteuer um 20 Prozent erhöht und die Grundsteuer verdoppelt. Die Mehrbesteuerung gegenüber dem Frieden beträgt aber bei der Grundsteuer trotzdem nur 33 Prozent. Die Getränksteuer wurde auch auf die Gassenschank ausgedehnt, eine Maßnahme, die sich sehr günstig ausgewirkt hat. Die Ankündigungsabgabe, die Gefrorenessteuer und die Gebrauchgebührensteuer wurden neu eingeführt. Schließlich wurden auch alle Gebühren und Tarife den neuen Preisen, die sich nach der Währungsreform entwickelt haben, angepaßt.

Ein wesentlicher Anteil an der Erhöhung der Einnahmen ist der aus der Währungsreform vom Dezember 1947 sich ergebenden Besserung der wirtschaftlichen Lage zuzuschreiben. Diese vielgeschmähte Reform hat einen solchen Aufschwung der Wirtschaft hervorgerufen, daß natürlich auch im gleichen Maß die Einnahmen der Stadt gestiegen sind. Gleichzeitig hat aber auch die zunehmende ausländische Hilfe dazu beigetragen, die Wirtschaftslage der Stadt zu verbessern.

Für die Verwertung des sich ergebenden Überschusses schlägt der Magistrat vor, 5 Millionen für eine Haftungsrücklage zurückzulegen. Dies ist wegen der Haftung der Gemeinde für einen 10-Millionen-Kredit für die Pabst-Kiba-Filmgesellschaft notwendig. Die Haftung kann möglicherweise geltend gemacht werden, darum soll schon heute dafür vorgesorgt sein. Der Restbetrag von 128 Millionen soll dazu dienen, die noch ausgewiesenen Reichsschatzscheine wenigstens zum Teil abzuschreiben.

Der Referent beschäftigte sich dann mit der Verschuldung der Stadt Wien. Nach dem Schillingkurs vom 28. Juni 1950 beträgt die Verschuldung der Hochsitzverwaltung 94,5 Millionen, die der städti-

schen Unternehmungen 188.5 Millionen. Diese Ziffern sind durchaus erfreulich, weil damit die Sicherheit gegeben ist, daß in einem Zeitpunkt, in dem sich Kredite als notwendig erweisen, die Kreditfähigkeit der Gemeinde gesichert ist.

Dann ging Stadtrat Rosch auf die einzelnen Ziffern des Voranschlages näher ein. In der Geschäftsgruppe I, Personalwesen, ergibt sich eine Steigerung der Personalkosten um 13 Prozent. 341 Millionen waren vorgesehen, der tatsächlich aufgewendete Betrag war 386 Millionen. Die Ursachen für die Steigerung des Personalaufwandes liegen vor allem im Lohn- und Preisübereinkommen vom Oktober 1948, dann aber in den Nachzahlungen, die sich aus der Überleitung in die neue Gehaltsordnung ergaben.

Bei der Geschäftsgruppe II, Finanzwesen, ist der Ertrag der Gewerbesteuer gegenüber dem Voranschlag um 87 Millionen gestiegen. Hier drückt sich die Besserung der Wirtschaftslage deutlich aus. Die Lohnsummensteuer ist gegenüber dem Voranschlag um 24 1/2 Millionen gestiegen, worin sich die Steigerung der Löhne ausdrückt, die Grundsteuer um 55'7 Millionen, entsprechend der Verdoppelung, die der Landtag ab 1. Jänner 1948 beschlossen hat, die Vergnügungssteuer um 12 Millionen, was vor allem auf den erhöhten Kinobesuch zurückzuführen ist und die Getränkesteuer vor allem durch Ausdehnung der Getränkesteuerpflicht auf die Gassenschank um 31 1/2 Millionen.

Die Ausgaben bei Beteiligungen und Betriebsdarlehen sind gegenüber den veranschlagten 15 Millionen auf 32 Millionen gestiegen, was seine Ursache in der noch nicht erfolgten Schilling-eröffnungsbilanz hat, wodurch es nicht möglich ist, das Eigenkapital der einzelnen Betriebe aufzuwerten.

Der Redner betonte ausdrücklich, daß die Abschreibung der Schatzanweisungen keinen Verzicht darauf bedeute, daß die Stadt Wien etwa nach dem Friedensschluß die Forderung nach Ersatz an das Deutsche Reich stellen werde; es handelt sich nur um eine buchmäßige Maßnahme.

Die Einnahmen der gesamten Anstaltenverwaltung haben sich gegenüber dem Voranschlag von 100 Millionen auf 115 Millionen erhöht, die Ausgaben von 172 Millionen auf 211 Millionen.

Die Erhöhung der Einnahmen beim Bauwesen um 15 Millionen rührt aus der Erhöhung verschiedener Gebühren her.

Die Ausgabenseite weist leider einen um 56 Millionen geringeren Ausgabenstand auf, wovon allein 42 Millionen im Wohnungsbau weniger ausgegeben wurden. Für diesen waren im Budget 1948 92 Millionen vorgesehen, nur 50 Millionen wurden ausgegeben. Dies wäre an sich erschreckend, wenn man nicht im gleichen Zuge einen Vergleich mit den behobenen Kriegsschäden anstellen würde. Bis zum Inkrafttreten des Wiederaufbaugesetzes des Bundes war das Hauptbemühen des Bauamtes darauf gerichtet, Material und Arbeitskräfte auf die Wiederherstellung beschädigten Wohnraumes zu konzentrieren. Hiefür sind daher statt der vorgesehenen 80 Millionen 124 Millionen aufgewendet worden. Mit den für den Wohnungsneubau weniger ausgegebenen 42 Millionen hätten damals 600 neue Wohnungen gebaut werden können, während auf diese Weise 687 unbewohnbare Wohnungen wieder hergestellt und 2060 schwer beschädigte oder beschädigte nicht bewohnbare Wohnungsteile wieder bewohnbar gemacht werden konnten.

Das Kontrollamt der Stadt Wien und der Rechnungshof haben sich besonders mit zwei Verwaltungsgruppen beschäftigt, mit der Anstaltenverwaltung und jener für die Bauwirtschaft. Eine Reihe kleinerer aufgezeigter Mißstände wurde bereits abgestellt oder Beanstandungen mit Gegenäußerungen aufgeklärt.

Redner richtet an den Bürgermeister die Bitte, er möge allen Beamten des Kontrollamtes, vor allem aber auch dem Direktor, dessen fachliche Qualitäten über jeden Zweifel erhaben sind und dessen unglaubliche Kenntnis der Verwaltung für alle, die in der Verwaltung mitarbeiten, wertvollste Hilfe bieten, den Dank und die Anerkennung des Gemeinderates aussprechen. (Beifall bei den Sozialisten.)

Der Rechnungshof hat beim Lagerhaus besonders die Großzügigkeit beim Bau des Direktionsgebäudes bemängelt, spricht aber gleichzeitig seine Anerkennung der Direktion dafür aus, daß sie sich seit Jahren ernstlich bemüht, das Unternehmen wirtschaftlich zu führen. Dieser Anerkennung kann hinzugefügt werden, daß das Lagerhaus seit vielen Jahren erstmalig aktiv zu werden scheint.

Leider liegen die Verhältnisse bei der WÖK nicht so günstig. Der Rechnungshof hat vorgeschlagen, die Schülerauspeisung, die als Regieträger der WÖK große Bedeutung gehabt hat, wieder zurückzugeben und die Küchen der Stadtwerke der WÖK anzugliedern oder

ihr zur Führung zu übergeben. Beiden Anregungen wurde bereits entsprochen, die Schülerausspeisung wird mit 1. September 1950 der WÖK wieder übergeben werden und die Verhandlungen mit den Stadtwerken sind im Gange.

Stadtrat Resch schließt seine Ausführungen mit den Worten, die der Stadtsenat in seiner Gegenäußerung an den Rechnungshof sagte, daß er mit der Vorlage dieses Berichtes an den Gemeinderat eine angenehme Pflicht erfüllt. Denn die Öffentlichkeit, die für die Berichte des Rechnungshofes steigendes Interesse bekundet, kann aus dem vorliegenden Bericht die Überzeugung schöpfen, daß die Verwaltung der Bundeshauptstadt Wien auf dem besten Wege ist, die Übergangsschwierigkeiten zu meistern. Mit dieser Feststellung soll der Dank für die Anregungen verbunden werden, die auch bei der diesjährigen Einschau gegeben wurden. (Starker Beifall.)

GR. Dr. Soswinski (LBl.) erklärt, wenn eine öffentliche Körperschaft über ein Budget berät, so wird dabei nicht nur die ziffernmäßige Zusammenstellung, sondern gleichzeitig auch die Politik beraten, die im kommenden Jahr eingeschlagen werden soll. Wenn nun die Stadtverwaltung heute einen Rechnungsabschluß vorlegt, so bedeutet dies nicht eine buchhaltungsmäßige Zusammenfassung von Einnahmen und Ausgaben, sondern es bedeutet, daß ein Urteil darüber abgegeben werden soll, ob die Planung der Verwaltung damals richtig war und ob sie eingehalten wurde. Der Redner weist darauf hin, daß von seiner Fraktion schon vor längerer Zeit eine monatliche Veröffentlichung von Rechnungsberichten verlangt wurde, daß dies jedoch bisher noch nicht geschehen ist.

Wenn der Rechnungsabschluß nun also einen Überschuß von 133 Millionen Schilling aufweist, so zeugt dies von verschiedenen neuen Steuerquellen und Erhöhungen. Für diese Mehreinnahmen, aber auch für das Nichtverwenden des Geldes trifft den städtischen Finanzreferenten die entscheidende Verantwortung. Der Redner kritisiert in diesem Zusammenhang, daß der genannte Betrag nicht für den Bau von Wohnungen verwendet wurde, ferner die Erhöhung der Grundsteuer, die Einführung der Gefrorensteuere, die Erhebung der Gebrauchsgebühren, den zu geringen Aufwand für die Obdachlosenheime usw. Wenn StR. Resch auf die gigantische Summe verwies, die die Gemeinde durch das Währungsschutzgesetz verloren hat, so könne er nur darauf hinweisen, daß das Währungsschutzgesetz der Anfang des Elends der Altersrentner war. Als der Linksblock im Jahre 1948 eine Erhöhung der Unterstützung auf das Doppelte beantragte, wurde dieser Antrag als demagogisch und nicht durchführbar zurückgewiesen. Diese Verdoppelung der ausgezahlten Fürsorgeunterstützungen hätte die Gemeinde Wien 50 Millionen Schilling gekostet. Es wären also vom Reingewinn noch immer 83 Millionen Schilling übrig geblieben. Das gleiche gilt auch für den Antrag auf Einführung eines Mindestgehaltes von 650.- S für Gemeindebedienstete und die Gewährung des 13. Monatsbezuges. Auch diese Antrag wurde damals als demagogisch bezeichnet. Der Gemeindeverwaltung hätte diese Forderung einschließlich der betriebsmäßig verrechneten Bediensteten gleichfalls nur 50 Millionen Schilling gekostet.

Im weiteren Verlauf seiner ausführlichen Rede beschäftigt

sich GR. Dr. Soswinski im einzelnen mit jenen Rubriken, bei denen die präliminierten Beträge nicht voll verbraucht wurden.

Als GR. Dr. Soswinski den Direktor der Hafen- und Lagerhaus A.G., Schatzberger, angreift und ihn bezichtigt, Kolonialmethoden eingeführt zu haben, kommt es zu erregten Zwischenrufen durch GR. Marek, der sich darüber entrüstet, daß die KPÖ die vom Faschismus vertriebenen Juden angreift. Der Redner antwortet hierauf, daß er sich um das Glaubensbekenntnis von Direktor Schatzberger nicht gekümmert habe, sondern hier nur seine Kolonialmethoden anprangere.

Zum Abschluß seiner Ausführungen stellt GR. Dr. Soswinski den Antrag, den Gebarungüberschuß des Rechnungsabschlusses 1948 für soziale Aufwendungen heranzuziehen, besonders für die Erhöhung der Fürsorgeunterstützungen und den Ausbau der Kinder- und Jugendfürsorge. Im übrigen verweigere er im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu den Anträgen des Berichterstatters.

GR. Wicha (WdU) nimmt im Namen seiner Fraktion mit Freude zur Kenntnis, daß der Rechnungsabschluß für das Jahr 1948 ein positiver ist und daß sich die finanzielle Gebarung allmählich von den Kriegsfolgen erholt. Trotzdem müsse man jedoch bedauern, daß durch das Kontrollamt eine Reihe von Beanstandungen sowohl bei der Geldgebarung der städtischen Dienststellen als auch in der Verwaltung der Sachbestände gemacht wurden.

Der Redner beschäftigt sich sodann im einzelnen mit den vom Kontrollamt beanstandeten Punkten des Vorschlages und ersucht um genauere Aufklärung bei verschiedenen Mißständen.

Im übrigen gab GR. Wicha im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu den Anträgen des Referenten.

GR. Martha Burian (WdU) stellt grundsätzlich fest, daß sie die Leistungen der Gemeinde Wien auf dem Gebiete der Wohlfahrt - im Rahmen der gegebenen finanziellen Möglichkeiten - für vorbildlich halte. Sie stellt mehrere Anfragen, so bezüglich des Defizites der sogenannten Schwedischen Schuhreparaturwerkstätte; sie bittet um Auskunft, unter welchen Bedingungen diese frequentiert werden kann und warum sie so wenig frequentiert wird, da doch insbesondere kinde-reiche Familien bestimmt reichlich Gebrauch machen würden, wenn sie zu guten und billigen Schuhreparaturen kommen können. Sie fragt weiter, warum die für den Wohl-

fahrtssektor erworbenen amerikanischen Überschußgüter an Angestellte der Gemeinde Wien verkauft wurden; ferner welche verantwortliche Stelle den Ankauf größerer Mengen von Weizenkleie für die Aktion "Helft unseren Alten" für notwendig befunden habe, die dann als für diese Aktion ungeeignet wieder weiterverkauft wurden.

In einer weiteren Anfrage bittet sie um Bekanntgabe der Zahl der arbeitsfähigen aber arbeitsunwilligen DP's, die keine Unterkunftsbeiträge bezahlen, und um Auskunft über den Stand der Verhandlungen zwecks Entfernung dieser unerwünschten Elemente.

Eine weitere Anfrage bezieht sich auf die vom Kontrollamt festgestellte Steigerung des Betriebsabganges der städtischen Krankenanstalten. Sie fragt, wieso bei der in der Bevölkerung bekannten und oft beklagten Schwierigkeit, zu einem freien Spitalsbett zu kommen, ein Unterbelag möglich ist und schlägt vor, daß ein Absinken in der ersten und zweiten Verpflegsklasse festgestellt wurde, die Bettenanzahl der dritten Klasse auf deren Kosten zu vermehren, um so auch der minderbemittelten Bevölkerung die notwendige Spitalsbehandlung zu sichern.

Unter Hinweis auf das ungünstige Gebarungsergebnis der städtischen Krankenanstalten und die vom Stadtsenat festgestellte Anziehungskraft der Heilanstalten der Bundeshauptstadt auf die Bevölkerung der anderen Bundesländer regt die Rednerin schließlich an, diese Frequenz zugunsten der hiesigen Bevölkerung einzudämmen oder die Bundesländer zu einer entsprechenden Beitragsleistung zum Kostenaufwand der Gemeinde Wien zu veranlassen.

In seinem Schlußwort ging Stadtrat Rosch zuerst auf die Einwendungen des Gemeinderates Dr. Soswinski ein. Zu der Bemänglung, daß die Einnahmen nicht so regelmäßig bekanntgegeben werden wie beim Bund, führt der Redner aus, daß sich die Stadt Wien hier von der Verwaltungspraxis aller anderen Länder und Gemeinden nicht unterscheide. Die Hauptursache liegt darin, daß der Gemeinderat und zum Teil auch der Landtag nicht nur eine gesetzgebende, sondern auch eine Verwaltungskörperschaft ist und die Verwaltung nicht wie beim Bund eine Angelegenheit der Ministerien, sondern des Gemeinderates ist. Der Gemeinderat und seine Mitglieder haben daher ganz andere Möglichkeiten, die laufende Verwaltung mitzubestimmen und mitzukontrollieren, als dies den Parlamentariern möglich ist. Die Differenzen, die in den Kassenberichten gegen-

über den Rechnungsabschlüssen aufscheinen, haben ihre Ursachen darin, daß sowohl Voranschlag wie Rechnungsabschluß als Gebührenabrechnung aufgestellt werden, daher nicht die kassenmäßigen Eingänge verzeichnet sind, sondern die gebührenmäßigen Vorschreibungen, mit Ausnahme der nicht von der Gemeinde selbst vorgeschriebenen Steuern. In inflationistischen Zeiten übersteigen die Eingänge durch größere Bezahlung der Rückstände meist die Vorschreibungen, sodaß sich ein besserer Erfolg ergibt als in Jahren der Geldnot.

Bei der Gewerbesteuer, für die heuer im Budget 220 Millionen eingesetzt sind, wird voraussichtlich im ersten Halbjahr eine kleine Überschreitung von schätzungsweise 8 bis 10 Millionen eintreten. Bei den eigenen Gemeindeabgaben ist eine verschiedene Entwicklung zu beobachten. Bei der Vergnügungssteuer ist es zu einer saisonmäßigen Mehreinnahme gekommen. Bei den Gebühren ist eine rückläufige Tendenz. Bei sämtlichen Gemeindesteuern dürfte im ersten Halbjahr ein Überschuß von 20 bis 30 Millionen gegenüber dem Voranschlag eintreten.

Die vom GR. Dr. Soswinski vertretene Ansicht in der Frage der Grundsteuer bezeichnet Stadtrat Resch als falsch, weil die: seinerzeit von der Grundsteuer befreiten Hausbesitzer, meist solche von Einfamilienhäusern, die sich beim Ablauf der Befreiung nicht gemeldet haben, besser daran sind als jene, die anständigerweise bereits mit dem Ablauf der Befreiungsfrist regelmäßig die Steuer bezahlt haben. Denn nach dem Gesetz kann ihnen die Steuer nur für drei Jahre rückläufig vorgeschrieben werden, also frühestens ab 1. Jänner 1947.

Die Darlegungen des GR. Dr. Soswinski, als ob die Grundsteuer eine Massensteuer wäre, stehen sehr stark im Gegensatz zu den sonst üblichen Behauptungen der kommunistischen Partei, die in den letzten Jahren immer bemüht war, aufzuzeigen, wie sehr die Finanzpolitik, die in diesem Hause seit 1945 betrieben wird, sich von jener Breitner's unterscheidet. Dazu muß festgestellt werden, daß der von den Kommunisten so gelobte Breitner jener ist, der diese Grundsteuer in dieser Höhe damals eingeführt hat, denn sie ist im wesentlichen nichts anderes als die alte Wohnbausteuer, die bis 1938 bestanden hat. Seitens der Gemeindeverwaltung besteht keine Absicht, die Grundsteuer, obwohl sie den erhöhten Preisen

und Löhnen noch nicht entsprechend ist, zu erhöhen.

Bei Besprechung weiterer Bemängelungen betont Redner, daß die Grenze der Bautätigkeit im Jahre 1948 nicht durch das Fehlen von Mitteln gesteckt war, sondern nur durch die mögliche Baukapazität der Bauwirtschaft.

Zu der von GR. Dr. Soswinski erwähnten Vorsprache wegen der Schule in der Leystraße erklärte Stadtrat Resch, daß wohl auch

Eltern zugegen waren, aber das Wort haben sehr gut bekannte kommunistische Funktionäre geführt, weshalb er erklärt habe, daß der Wiederaufbau einer Schule nicht nach den Wünschen einer Partei sondern nur nach dem Programm des Stadtschulrates vorgenommen werden könne. In diesem Programm war der Wiederaufbau eben nicht für das Jahr 1949 sondern für das Jahr 1950 vorgesehen. (Ruf bei der KPÖ: Die Kommunisten können auch etwas berechtigtes verlangen!) So geht es nicht, daß jemand, der im Bezirk sehr rührig ist, eine Reihe von Menschen bewegt, vorzusprechen, und daß deswegen das Programm, das der Stadtschulrat aufgestellt hat, umgestoßen wird. (Neuerlicher Ruf bei der KPÖ: Kein Programm ist unfehlbar!) Ich muß es der Verantwortung des Stadtschulrates überlassen und annehmen, daß er die Reihenfolge, in der er die Schulen braucht, besser versteht, als die paar Funktionäre, die aus Gründen die uns ja bekannt sind, versprechen.

Bei den Schulen ist nicht, wie festgestellt wurde, um 800,000 Schilling weniger ausgegeben worden; es wurden lediglich auf Grund eines Rechtsgutachtens des Magistrates die Beiträge für die Lehrer der Handelsakademien und Wirtschaftsschulen nicht bezahlt, und es ergibt sich, daß für die Aufgaben, die der Gemeinde bei den Schulen obliegen, eine Million Schilling mehr als vorgesehen ausgegeben wurde.

Das Lagerhaus der Stadt Wien betreffend, erklärt Stadtrat Resch, daß das Lagerhaus kein Interesse an einer toten Donau hätte. Man merke jedoch, daß andere Stellen daran Interesse hätten. Die Kommunistische Partei möge helfen diesen wirtschaftlich unerträglichen Zustand abzuschaffen, damit in Wien die Donau nicht wie bisher tot bleibt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten und der ÖVP.)

Anschuldigungen des Linksblocks gegen den Direktor des Lagerhauses, Schatzberger, weist StR. Resch energisch zurück. Direktor Schatzberger handelt stets im Einverständnis mit der Gewerkschaft. Das Lagerhaus war bisher nie aktiv, erst jetzt durch die neue Verwaltung wurde es zu einem aktiven Unternehmen. Und das verdanken wir Direktor Schatzberger.

Stadtrat Resch erklärt, es wäre nicht schwer zu untersuchen, ob nicht auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens, des Personalswesens u. s. w. hätte mehr geschehen können. Es gilt aber nicht nur die Verwaltung eines Jahres auszugleichen, sondern das riesige Problem des Wiederaufbaues und vor allem das Wohnungsproblem zu lösen, das Milliarden Schilling erfordern wird. Der Redner spricht die Hoffnung aus, daß das Bautempo gesteigert werden kann. Für die Beschlüsse des Gemeinderates vom vorjährigen Wohnbauprogramm müssen 200 Millionen Schilling bereitgehalten werden, die 1950 für dieses Bauprogramm aufgewendet werden sollen. Es geht nicht an, daß Bauten begonnen werden, ohne daß man für ihre Bedeckung gesorgt hat. Dieses Risiko will kein Mandatar der Mehrheitsparteien übernehmen. Es ist die Aufgabe des Finanzreferenten dafür zu sorgen, daß jeder der Beschlüsse des Gemeinderates restlos erfüllt werden kann. Die Beschleunigung der Bauprogramme hängt auch davon ab, wieviel flüssige Mittel der Industrie und Bauwirtschaft zur Verfügung stehen, um genügend rasch bauen zu bauen. Hiezu ist nötig, daß die Rechnungen von der Gemeindeverwaltung möglichst rasch und restlos gezahlt werden. Denn nur dadurch kann die Bauwirtschaft mehr Materialien ankaufen und mehr Arbeiter beschäftigen.

Der Referent erklärt, es können auch Jahre kommen, in denen der Voranschlag durch besonderen Geldmangel nicht voll erfüllt werden wird und auch dafür muß durch Rücklagen vorgesorgt werden. Auch ein saisonmäßiges Schwanken der Ein- und Ausgaben muß berücksichtigt werden.

StR. Resch sagt, es wird alles getan werden, das große Bauprogramm und die großen Aufgaben, die der Krieg und auch die Nachkriegszeit verursacht haben, in den nächsten Jahren zu erfüllen. Die Leistungen sollen von Jahr zu Jahr gesteigert werden. Bei den nächsten Wahlen soll dann das Volk von Wien gefragt

werden, ob die Versprechungen von 1949 bis 1952 gehalten wurden.

Dem GR. Wicha entgegnet der Referent, er hätte die Anstände wiederholt, die ohnedies im Bericht des Rechnungshofes und Kontrollamtes enthalten sind. Er möge in diesem Bericht auch die Gegenäußerung des Magistrates nachlesen, in dem ein Teil dieser Mängel bereits aufgeklärt ist. In einer so großen Verwaltung ist es einfach unabwendbar, daß da und dort kleine Mängel vorkommen. Entscheidend ist jedoch, ob organisatorisch vorgesorgt ist, solche Mängel aufzuzeigen und zu beheben.

Die schwedische Schuhreparaturwerkstätte betreffend, erklärt StR. Resch, daß dies eine Wohlfahrtsaktion der Schweden war. Die Überschußgüter, die an die Gemeindeangestellten abgegeben wurden, waren für Wohlfahrtszwecke nicht geeignet, da sie durch den langen Transport stark mitgenommen waren.

Zu der Anfrage, wieviele Patienten aus den Bundesländern oder aus dem Ausland in Wiener Spitälern durchschnittlich sind, teilt StR. Resch mit, daß es sich durchschnittlich um 25 Prozent der Bettenanzahl handelt. Es wurde jedoch bereits die Forderung auf Bezahlung von drei Achtel des Abganges durch den Bund erhoben. Der aktive Rechnungsabschluß ist zweifellos für alle Mitglieder dieses Hauses die beruhigende Versicherung, daß mit den Mitteln hausgehalten wurde.

Bei der Abstimmung wurden die Anträge des Berichterstatters angenommen. Der Antrag Dr. Soswinkis wurde abgelehnt.

Den Vorsitz übernimmt GR. Dr. Ing. Hengl.

Nun gelangen die Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1948 zur Behandlung, über die Stadtrat Dr. Exel (ÖVP) referiert: die Gaswerke haben im Berichtsjahr einen Gewinn von 99.000 S erzielt, der jedoch auf den Verlustvortrag der vergangenen Jahre abgeschrieben wird. Im Berichtsjahr war bereits eine sichtbare Normalisierung zu verzeichnen; die Gaswerke konnten im Laufe des Jahres die Sperrzeiten abschaffen. Der Gasverbrauch war höher als 1937. Er betrug im Jahr 1948 187.5 Millionen Kubikmeter und im Jahr 1937 133.3 Millionen.

Bei den E-Werken, die 1948 einen Verlust von rund 5 Millionen aufwiesen, war die Abgabe von elektrischem Strom im Vergleich zwischen Eigenkraftwerken und den Lieferungen aus dem Verbundnetz noch ungünstig. 38 Prozent wurden in den Eigenkraftwerken erzeugt, während 62 Prozent fremder Kraftstrom nach Wien geleitet wurde. 1950 ist das Verhältnis durch den neuen Hochleistungskessel bedeutend verbessert. Die Stromlieferung aus eigenen Kraftwerken beträgt 48 Prozent, die Fremdstromzufuhr 52 Prozent. Der Stromverbrauch betrug im Jahr 1948 818 Millionen Kilowattstunden gegenüber 766 Millionen im Jahr 1947. Für Investitionen wurden rund 27 Millionen Schilling ausgegeben.

Die Verkehrsbetriebe stellen noch immer das Sorgenkind dar. Der Verlust betrug 1948 rund 19.5 Millionen. Die Beförderungsleistung war im Berichtsjahr 645 Millionen Fahrgäste. Besonders beim Obus-Betrieb ergab sich eine namhafte Steigerung der Beförderungsziffer.

Das Brauhaus der Stadt Wien wies 1948 noch einen Verlust von 90.000 S auf. Im Berichtsjahr konnten wegen Beschaffungsschwierigkeiten leider nicht alle Investitionen durchgeführt werden.

Die Städtische Bestattung schließt trotz dem Rückgang der Sterblichkeit mit einer aktiven Bilanz. Die Verhandlungen mit den privaten Bestattungen wegen der allmählichen Übernahme durch die Städtische Bestattung sind weiter im Gange.

Auch für die Gewista war das Jahr 1948 durchaus annehmbar. Die Unternehmung hat sich auch in kultureller Hinsicht in das Konzept der Gemeindeverwaltung wirksam eingeschaltet, es war möglich, die Plakattafeln gefälliger zu gestalten. Die Bruttoeinnahmen betragen 4.4 Millionen Schilling.

Der Landwirtschaftsbetrieb war zum ersten Mal seit 1945 aktiv. Das Wirtschaftsjahr war ausgesprochen günstig, und die Kriegsverluste konnten im wesentlichen heringebracht werden. Der Betrieb weist einen Reingewinn von 446.000 Schilling aus. Besonders der Zuckerrübenanbau wurde intensiviert und hat viel zu der günstigen Bilanz beigetragen. Auch die Milcherzeugung konnte verdoppelt werden.

GR. Dr. Soswinski ergriff für die Fraktion des Linksblockes das Wort. Er führte zunächst aus, daß die vorgelegten Rechnungs-

abschlüsse die gleiche Aufgabe zu erfüllen haben, wie der Rechnungsabschluß der Gemeinde Wien. Sie sind so wie dort ein Abschlußbericht über die Politik, die 1948 bei den städtischen Unternehmungen geübt wurde.

Der Redner bezeichnete die Bilanzen als irreführend und führte dafür Beispiele an. <sup>Er kritisierte</sup> in diesem Zusammenhang die Tarifpolitik der Unternehmungen und stellte die Behauptung auf, daß die Tarifierhöhungen der vergangenen Jahre auf einer völlig falschen Information der Öffentlichkeit und des Wiener Gemeinderates aufgebaut waren. Bezeichnenderweise habe sich auch das Kontrollamt in seinen Wahrnehmungen fast nur auf eine detaillierte Aufstellung der einzelnen Unternehmungen beschränkt. Seine Fraktion könne daher den Bilanzen der städtischen Unternehmungen nicht die Zustimmung geben.

Stadtrat Dr. Exel betonte in seinem Schlußwort, daß man die Argumente von GR. Soswinski schon so oft gehört habe und daß sie ebenso oft widerlegt worden sind. Er gab zu bedenken, daß die Tarife der Monopolunternehmungen doppelt so hoch sind wie 1937. Die Anschaffungen für die Unternehmungen mußten jedoch 6 bis 12fach so teuer als 1937 bezahlt werden. Darin liegt die Wurzel der schwierigen wirtschaftlichen Situation der Unternehmungen.

Stadtrat Dr. Exel benütze die Gelegenheit, um den Arbeitern, Angestellten und Direktoren der städtischen Unternehmungen seinen Dank für ihre vorzügliche Arbeit auszusprechen und ersuchte den Wiener Gemeinderat um die Annahme der Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1948.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten angenommen.

Inzwischen hat GR. Koci den Vorsitz übernommen.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger (ÖVP) berichtet sodann über die auf Grund des § 99 GV vom Stadtsenat getroffene Verfügung, betreffend den Ankauf von 9 Personenkraftwagen für den Dienstkraftwagenbetrieb und führt zur Begründung aus: Es ist eine altbekannte Tatsache, daß die Dienstkraftwagen der Gemeinde Wien schon sehr veraltet sind und infolgedessen der Reparaturaufwand bei diesen Wagen immer größer wird.

So mußte für die zu ersetzenden Kraftwagen in den letzten Monaten pro Wagen und Monat ein Betrag von rund 800 S ausgegeben werden. Die weitere Reparatur scheidet in einzelnen Fällen auch deshalb, weil die Ersatzbestandteile erst aus dem Ausland beschafft werden müssen, bzw. sich bei deren Erzeugung Schwierigkeiten ergeben. Drittens haben die alten Wagen einen verhältnismäßig hohen Benzinverbrauch von ungefähr 18 bis 28 Liter pro 100 Kilometer gegenüber 12 bis 14 Liter bei einem modernen Wagen.

Die 9 Kraftwagen, von denen 8 der Type Austin und der neunte einer noch zu bestimmenden Type sein werden, erfordern einen Kostenaufwand von 565.000 S, wobei schon die Zollsätze nach der Erhöhung in Betracht gezogen sind.

GR. Dr. Matejka (L.Bl.) erklärt, daß aus dem Referat hervorgehe, daß diese Anschaffung längst fällig ist, und es sich um eine längst bekannte und tausendmal behandelte Materie handelt. Die Tatsache der Anschaffung überhaupt, ebenso wie die des Kostenaufwandes von 565.000 Schilling, stelle er in keiner Weise zur Diskussion. In keiner Weise habe aber der Berichterstatter die Notwendigkeit der Anwendung des § 99 vor Augen geführt. (§ 99 besagt, daß der Stadtsenat bei dringlichen Fällen berechtigt ist, Verfügungen zu treffen und insbesondere Ausgaben zu beschließen, wenn die Entscheidung des Gemeinderates ohne Nachteil nicht abgewartet werden kann. Der Beschluß ist dem Gemeinderate in seiner nächsten Sitzung zur nachträglichen Genehmigung vorzulegen. - Anmerkung der Korrespondenz.)

Redner verweist in dem Zusammenhang darauf, daß auch die Planmäßigkeit bei der Subventionierung viel zu wünschen übrig lasse und es wünschenswert wäre, daß sie nach einem bestimmten Plan und rechtzeitig erfolge und nicht unter Anwendung des § 99. Er bemängelte das Fehlen des guten Willens zur Zusammenarbeit und erklärt, man hätte bei der bekannten Automisère rechtzeitig Untersuchungen einleiten können, um diesen Übelstand zu beheben, so daß dann nicht, wie in diesem Fall, im letzten Moment ein Problem, nämlich das Zollproblem, auftaucht. Wenn StR. Rosch die Ausführungen des GR. Dr. Soswinski als abgrundtiefe Demagogie bezeichnet hat, so müsse dieser Mangel an Zusammenarbeit ebenfalls abgrundtief genannt werden. Sie werden sich,

sagte er, noch damit beschäftigen müssen, es sei denn, Sie weichen dieser grundlegenden und wichtigsten aller Fragen in der Verwaltung beharrlich und bewußt aus, was ich aber nicht glauben kann.

Es ist klar, daß wir für den Antrag stimmen, aber wir haben die Gelegenheit benützt, um auf dieses System der Anwendung des § 99 im Zusammenhang mit der mangelnden Zusammenarbeit in der Verwaltung des Rathauses hinzuweisen.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger führt in seinem Schlußwort aus, daß die Anwendung des § 99 in diesem Fall einzig und allein darauf zurückzuführen sei, daß die Zollerhöhung vor der Tür gestanden ist - sie soll am 1. Juli in Kraft treten - und der Bezug dieser Wagen dann wesentlich höher zu stehen käme. Die Durchsicht der verschiedenen zur Verfügung stehenden Wagentypen hat längere Zeit gebraucht, um nicht nur die billigste sondern auch die beste Type ausfindig zu machen, die für diesen Zweck in Frage kommt.

Im allgemeinen sei auch er kein Freund der Anwendung des § 99. Er wird auch von der anderen Mehrheitspartei nur in den seltensten Fällen herangezogen. Es sei zu hoffen, daß auch in Zukunft von diesem Paragraphen sparsam Gebrauch gemacht wird.

Zu den Ausführungen des GR. Dr. Matejka über mangelnde Zusammenarbeit erklärt Redner: Ich habe mir vorgestellt, daß alle aufbauwilligen Kräfte in dieser Stadt ehrlich zusammenarbeiten würden. In diesem Glauben bin ich allerdings von der Fraktion des GR. Dr. Matejka sehr enttäuscht worden. Von ihr wird im Gegenteil alles und jedes sabotiert, was hier als Aufbauweise dokumentiert wird. Ich glaube daher, daß die Kommunistische Partei das, was sie von anderen wünscht, einmal bei sich selber praktizieren soll, und daß sie nun endlich einmal den Beweis erbringen müßte, daß ihr wirklich an einer ehrlichen Zusammenarbeit gelegen ist (Beifall bei der ÖVP).

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung, über den StR. Fritsch (SPÖ) referiert, behandelt die Neuregelung der Beiträge zur Krankenfürsorgeanstalt der Angestellten und Bediensteten der Stadt Wien. Diese Anstalt ist, so wie alle Krankenversicherungsinstitute, in finanzieller Bedrängnis. Die Versicherungsleistungen werden von den Versicherten außerdem als nicht ausreichend gefunden. Abhilfe kann nur durch eine Beitragserhöhung geschaffen werden. Die Beiträge sollen von bisher 3,8 auf 4,2 Prozent erhöht werden. Dazu kommt noch ein Beitrag von 0,3 Prozent, den der Versicherte allein zu tragen hat. Die Erhöhung ist unbedingt notwendig, da der Abgang im Vorjahr 1,8 Millionen Schilling betrug. Die Erhöhung in diesem Ausmaß ist befristet bis 31.12.1951. Nach diesem Zeitpunkt beträgt der Gesamtbeitrag 4,4 Prozent.

GR. Dr. Altmann (LBl) nimmt gegen diese Erhöhung Stellung, da sie eine neue Belastung der Beamten bedeutet, auch wenn es sich nur um einen geringfügigen Betrag handelt. Es wurde bei jeder einzelnen Erhöhung davon gesprochen, daß es sich nur um einen kleinen Betrag handelt, aber aus der Unzahl dieser Erhöhungen und somit der Mehrbelastung, setzt sich das zusammen, was die wesentliche Senkung der Lebenshaltung ausmacht. Der Redner erklärt, die Gewerkschaft trat in den letzten Monaten und Jahren dafür ein, daß eine Erhöhung der Beiträge erst dann in Frage komme, wenn die Gehälter der Bediensteten der Stadt Wien angeglichen sind. Die geringfügige Nachziehung der Gehälter kann jedoch noch nicht dazu berechtigen, die Beiträge zur Krankenfürsorgeanstalt zu erhöhen. GR. Dr. Altmann erklärt, der vorliegende Antrag auf Erhöhung der Beiträge werde von seiner Fraktion dann wiederholt werden, wenn die Angleichung der Gehälter der städtischen Bediensteten geregelt ist.

StR. Fritsch erklärt im Schlußwort es sei über das Schicksal der Krankenfürsorgeanstalt zu entscheiden, da die Anstalt finanziell nicht mehr weiter kann. Es wäre unsozial, den Bestand einer sozialen Einrichtung zu gefährden. Er bittet daher seinem Antrag zuzustimmen.

Der Antrag des Referenten wurde ohne den Stimmen des Linksblocks angenommen.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden ohne Debatte angenommen. Unter ihnen sind hervorzuheben die Entwürfe und

30. Juni 1950

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1178

Kosten für zehn neue städtische Wohnhausanlagen mit zusammen 649 Wohnungen, die zusammen rund 41 Millionen Schilling kosten werden. Mit den Bauarbeiten wird bereits begonnen. Weiter wurden Entwürfe und Kosten für zwei neue städtische Kindergärten auf dem Erzherzog Karl-Platz und in der Per Albin Hansson-Siedlung, für die 3,300.000 Schilling aufgewendet werden müssen, beschlossen.

Schluß der Sitzung um 15.25 Uhr.

#### Entfallende Sprechstunde

=====

30. Juni (Rath.Korr.) Wegen dienstlicher Verhinderung entfällt die für Montag, den 3. Juli vorgesehene Sprechstunde beim Amtsführenden Stadtrat für Kultur und Volksbildung Mandl.

#### Die städtischen Lehrlingsheime stellen aus

=====

30. Juni (Rath.Korr.) Morgen vormittag, um 10 Uhr, wird durch Vizebürgermeister Weinberger eine Ausstellung von Lehrlingsarbeiten der städtischen Lehrlingsheime eröffnet. Die Ausstellung ist im Festsaal des "Lehrlingsheimes Rennweg", Wien 3., Juchgasse 22, untergebracht. Sie ist bis einschließlich 9. Juli täglich von 14 bis 20 Uhr, Samstag und Sonntag von 10 bis 18 Uhr, bei freiem Eintritt allgemein zugänglich.

#### Mittägliche Stromstörung

=====

30. Juni (Rath.Korr.) Durch Schäden an den 60 kV-Fernleitungen trat heute um 12.55 Uhr eine Teilstörung im südlichen Gebiet des Wiener Stromversorgungsnetzes auf. Durch sofort vorgenommene Umschaltungen konnte bis 13.10 Uhr der von der Störung betroffene Teil des Wiener Stadtgebietes wieder eingeschaltet werden. An der Behebung der Schäden im 60 kV-Netz wird noch gearbeitet.

K R I T I S C H E   L A G E   D E R   W A S S E R V E R S O R -  
=====

G Ü N G !  
=====

Dringender Appell der Wiener Wasserwerke an die Bevölkerung

30. Juni (Rath.Korr.) Durch die Hitzewelle der letzten Tage ist die schon seit einiger Zeit gefährdete Lage der Wiener Wasserversorgung in ein kritisches Stadium getreten. Die Wiener Wasserwerke appellieren daher nochmals dringendst an die Wiener Bevölkerung, den Wasserverbrauch auf das unbedingt notwendige Maß einzuschränken. Vor allem aber muß das Bespritzen von Gartenanlagen aller Art sofort eingestellt werden. Auch wenn in abschbarer Zeit Regen fällt, kann die Lage der Wiener Wasserversorgung nur vorübergehend gebessert sein.

Gleichzeitig machen die Wasserwerke die Wiener darauf aufmerksam, daß der Magistrat in den nächsten Tagen eine Kundmachung über die Einschränkung des Wasserverbrauches erlassen wird. Die Kundmachung, die sofort in Kraft tritt, sieht entsprechende Strafmaßnahmen für die Wasserverschwendung vor.